

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie, Frauen und Senioren**

### **Fehlende Vertretung Baden-Württembergs in der Bund- Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausfinanzierung**

#### **Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum bringt sich Baden-Württemberg, trotz einer besonderen Interessenlage, nicht in die auf dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung basierenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausfinanzierung ein?
2. Warum vernachlässigt sie das zentrale Thema der langfristigen Krankenhausfinanzierung durch Abwesenheit in der Bund-Länder-Kommission, obwohl gerade für Baden-Württemberg mit einem relativ hohen Landesbasisfallwert, der auf große Anstrengungen der Krankenhäuser und der früheren Landesregierung zurückzuführen ist, viel auf dem Spiel steht?
3. Wie hat sie versucht, den drohenden Schaden für die Krankenhäuser in Baden-Württemberg hinsichtlich eines Änderungsantrags zum Fünften Änderungsge-  
setz des Sozialgesetzbuchs (SGB) XI abzuwenden?
4. War man der Meinung, dass andere Bundesländer die Interessen Baden-Württembergs so vertreten würden, wie man es selbst getan hätte, obwohl die Interessenlagen, wie z. B. bei den Landesbasisfallwerten und den Mengengerichtungen bzw. dem Versorgungszuschlag, völlig andere sind?
5. Ist man zur Erkenntnis gelangt, dass der beschränkte Einfluss über den Bundesrat in diesem Fall nicht ausreicht, um Schaden von Baden-Württemberg abzuwenden?

16. 10. 2014

Kunzmann CDU

### Begründung

Viele Krankenhäuser in Deutschland verfügen nur über eine unzureichende Finanzierung. Aufgrund der dualen Finanzierung im Krankenhausbereich ist es unter anderem Aufgabe der Bundesländer, die Kliniken mit Mitteln zur Finanzierung von Investitionen auszustatten. Deshalb wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die grundlegenden Probleme der Krankenhausfinanzierung langfristig lösen soll. An den Beratungen dieser Arbeitsgruppe ist Baden-Württemberg nicht beteiligt. Diese Nicht-Teilnahme hat nun möglicherweise massive Auswirkungen auf die Finanzierung der Krankenhäuser in unserem Land, da die beteiligten Länder keine Rücksicht auf die Interessen Baden-Württembergs nehmen mussten.

### Antwort

Mit Schreiben vom 6. November 2014 Nr. 56-0141.5/15/5898 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Kleine Anfrage wie folgt:

*Ich frage die Landesregierung:*

- 1. Warum bringt sich Baden-Württemberg, trotz einer besonderen Interessenlage, nicht in die auf dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung basierenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausfinanzierung ein?*
- 2. Warum vernachlässigt sie das zentrale Thema der langfristigen Krankenhausfinanzierung durch Abwesenheit in der Bund-Länder-Kommission, obwohl gerade für Baden-Württemberg mit einem relativ hohen Landesbasisfallwert, der auf große Anstrengungen der Krankenhäuser und der früheren Landesregierung zurückzuführen ist, viel auf dem Spiel steht?*
- 3. Wie hat sie versucht, den drohenden Schaden für die Krankenhäuser in Baden-Württemberg hinsichtlich eines Änderungsantrags zum Fünften Änderungsgesetz des Sozialgesetzbuchs (SGB) XI abzuwenden?*
- 4. War man der Meinung, dass andere Bundesländer die Interessen Baden-Württembergs so vertreten würden, wie man es selbst getan hätte, obwohl die Interessenlagen, wie z. B. bei den Landesbasisfallwerten und den Mehrmengenabschlägen bzw. dem Versorgungszuschlag, völlig andere sind?*
- 5. Ist man zur Erkenntnis gelangt, dass der beschränkte Einfluss über den Bundesrat in diesem Fall nicht ausreicht, um Schaden von Baden-Württemberg abzuwenden?*

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Entgegen den zahlreichen Unterstellungen in der vorliegenden Kleinen Anfrage ist festzuhalten, dass diese Landesregierung ihrer Verantwortung für die baden-württembergischen Krankenhäuser in vollem Umfang gerecht wird. Die Landesregierung hat auch keineswegs das zentrale Thema der langfristigen Krankenhausfinanzierung vernachlässigt, wie das vom Fragesteller behauptet wird. Im Gegenteil! Dies zeigt sich z. B. in der deutlichen Erhöhung der Mittel für die Investitionskostenförderung, mit der die Landesregierung die jahrelangen Versäumnisse der CDU-geführten Vorgängerregierungen korrigiert hat. Die CDU-geführten Vorgängerregierungen haben wegen ihrer völlig unzureichenden Investitionskostenförderung der baden-württembergischen Krankenhäuser einen unverantwortlich hohen Antragsstau von über 1,3 Milliarden Euro hinterlassen. Die grün-rote Landesregierung hat demgegenüber die Mittel für diese Förderung seit der Regierungsübernahme um mehr als 30 Prozent erhöht.

Baden-Württemberg hat sich darüber hinaus beim für die Betriebskostenfinanzierung zuständigen Bundesgesetzgeber wiederholt für eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung eingesetzt. Genannt sei beispielsweise der Entschließungsantrag, den die Landesregierung gemeinsam mit anderen Ländern im Mai 2013 in den Bundesrat eingebracht hat. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung vorzulegen. Der Antrag wurde angenommen. Nicht zuletzt unter dem Druck dieser Entwicklung sah sich die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung schließlich gezwungen, wesentliche Forderungen des Länderantrags zur raschen Unterstützung der Krankenhäuser aufzugreifen und kurz vor der Bundestagswahl im Herbst 2013 umzusetzen. Auch dieser Vorgang zeigt exemplarisch, dass die Landesregierung ihrer politischen Verantwortung für die Krankenhäuser im Land in vollem Umfang gerecht wird, und zwar auf allen politischen Ebenen.

Dies zeigte sich auch wieder jüngst, als durch die Intervention der baden-württembergischen Gesundheitsministerin erreicht werden konnte, dass ein für die baden-württembergischen Krankenhäuser nachteiliger Gesetzentwurf u. a. zum Versorgungszuschlag doch noch abgeändert wurde. Dieser Vorgang belegt erneut in aller Deutlichkeit, dass die baden-württembergische Landesregierung zu ihrer Verantwortung für die Krankenhäuser im Land steht und sich auf allen politischen Ebenen gegen finanzielle Benachteiligungen unserer Krankenhäuser einsetzt.

Dieses Beispiel zeigt aber auch deutlich, dass es für die Vertretung von baden-württembergischen Interessen nicht entscheidend ist, ob man in einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene vertreten ist oder nicht.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform hat den Auftrag, Eckpunkte für eine Reform der Krankenhaus-Vergütung in Deutschland zu erarbeiten. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe sollen nach Abschluss der Beratungen Eingang in ein Eckpunktepapier finden, das Ausgangspunkt für die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Krankenhausreform sein soll. Diese Reform soll voraussichtlich zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Die maßgebenden Entscheidungen zur Krankenhausreform werden vor diesem Hintergrund nicht in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, sondern in den entsprechenden Gremien auf Bundesebene vorbereitet und beraten werden. Über die Arbeit und den Beratungsverlauf in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Krankenhausversorgung wird das Sozialministerium Baden-Württemberg ständig unterrichtet, sodass das Ministerium bei Bedarf auch Einfluss nehmen kann.

Darüber hinaus hat sich Baden-Württemberg über die Kultusministerkonferenz und die Ministerpräsidentenkonferenz dafür eingesetzt, dass die Belange der Universitätsklinika und anderer Häuser der Maximalversorgung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Berücksichtigung finden. Im Mittelpunkt dieser Initiative standen die Verlängerung der Versorgungszuschläge, die Mehrleistungsabschläge, die ambulante Notfallversorgung sowie Zentrumszuschläge.

Altpeter

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie, Frauen und Senioren